



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Postfach 12 06 29, 53048 Bonn

Frau
Suzanne Rousselot
21 Basse Baroche
68910 Labaroche
Frankreich

Herrn
Gustav Rosa
Amselweg 18
79206 Breisach

Rita Schwarzelühr-Sutter
Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

TEL +49 3018 305-2030

FAX +49 3018 305-2039

buero.schwarzeluehr@bmu.bund.de

www.bmu.de

Berlin, **12 Juni 2019**

Sehr geehrte Frau Rousselot, sehr geehrter Herr Rosa,

vielen Dank für Ihr gemeinsames Schreiben vom 8. April 2019 an die Staatssekretärin Wargon im Ministerium für den ökologischen und solidarischen Übergang der Französischen Republik sowie an mich, mit dem Sie auf eine möglichst zeitnahe Stilllegung des grenznahen französischen Atomkraftwerks (AKW) in Fessenheim dringen.

Bundesumweltministerin Schulze und ich nehmen die Sorgen und den Schutz der in der Grenzregion lebenden Menschen hinsichtlich der nuklearen Sicherheit des französischen AKW Fessenheim sehr ernst. Daher beobachten wir sowohl sicherheitstechnisch relevante Ereignisse an diesem Standort als auch die Äußerungen und Handlungen auf französischer Seite hinsichtlich der angekündigten Stilllegung des dortigen AKW sehr genau.

So haben auch wir mit Sorge die Berichterstattung zu aktuellen Äußerungen seitens des Betreibers EDF, der Stilllegungsprozess für das AKW Fessenheim sei nach wie vor an die Inbetriebnahme des Reaktors Flamanville-3 gekoppelt, zur Kenntnis genommen. Dieser Zusammenhang war ursprünglich in einem Dekret festgehalten worden. Dieses noch von der vorigen französischen Regierung erlassene Dekret zur Stilllegung des AKW Fessenheim wurde bekanntlich im letzten Jahr vom französischen Staatsrat für ungültig





Seite 2

erklärt. Die französische Regierung hat zwischenzeitlich mehrfach angekündigt, dass beide Reaktorblöcke am Standort Fessenheim im kommenden Jahr stillgelegt werden sollen, unabhängig von der Inbetriebnahme von Flamanville-3. Das noch 2018 angekündigte neue Dekret wurde bislang jedoch nicht erlassen.

Die Stilllegung des AKW Fessenheim war auch ein zentrales Thema beim Treffen von Bundesumweltministerin Schulze mit ihrem französischen Amtskollegen de Rugy am 8. April 2019 in Berlin. Den Vorwurf, die Bundesumweltministerin würde sich nicht engagiert für eine möglichst baldige Stilllegung des AKW Fessenheim einsetzen, muss ich daher entschieden zurückweisen. Natürlich würden auch Ministerin Schulze und ich lieber Taten statt Worte sehen. Zur Wahrheit gehört jedoch auch, dass sich Ihr Appell nach rechtlichen Schritten zur Einleitung des Stilllegungsprozesses für das AKW Fessenheim notwendigerweise an die von Ihnen ebenfalls angesriebene französische Seite richtet. Denn die Entscheidung über den Betrieb von AKW erfolgt auch innerhalb der Europäischen Union jeweils in nationaler Souveränität und Verantwortung.

Zu sicherheitstechnischen Fragen speziell auch zum grenznahen französischen AKW Fessenheim unterhält das Bundesumweltministerium einen regelmäßigen Informationsaustausch mit der hierfür zuständigen französischen atomrechtlichen Aufsichtsbehörde Autorité de Sûreté Nucléaire (ASN), so insbesondere im Rahmen der Deutsch-Französische Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen. Die von Ihnen zitierten jüngsten Vorkommnisse im AKW Fessenheim sind dem Bundesumweltministerium bekannt.

Bezüglich Ihres Verbens für die angedachten Post-Fessenheim-Projekte und für eine deutsch-französische Zusammenarbeit hinsichtlich der wirtschaftlichen Zukunft der Region Fessenheim nach der Stilllegung des örtlichen AKW kann ich Ihnen mitteilen, dass dies eine Priorität für beide Regierungen darstellt. Daher wurde es auch in die Liste der prioritären Vorhaben des Aachener Vertrags vom 22. Januar 2019 aufgenommen. Die konkrete Ausgestaltung dieser Zusammenarbeit ist noch offen. Fragen und Anregungen hierzu bitte ich auch direkt an die hierfür zuvorderst zuständigen Stellen, das Bundesinnenministerium und das Bundeswirtschaftsministerium, zu richten.





Seite 3

Wie Ihnen auch aus der aktuellen Berichterstattung bekannt sein wird, schlägt EDF in diesem Zusammenhang für den Standort Fessenheim nach Stilllegung der dortigen Reaktoren die Errichtung eines „Techno-Centre“ genannten Zentrums zur Bearbeitung und Verwertung von metallischen Reststoffen aus dem Abbau von kerntechnischen Anlagen vor. Gemäß Vorschlag der EDF sollten dort insbesondere metallische Großkomponenten wie z.B. Dampferzeuger aus künftigen AKW-Stilllegungen in Frankreich, Deutschland und darüber hinaus dekontaminiert und eingeschmolzen werden. Bundesumweltministerin Schulze hat sich gegenüber Ihrem französischen Amtskollegen de Rugy schon kritisch zu diesem Vorschlag geäußert und sich somit auch in dieser Angelegenheit bereits persönlich für eine Zukunft der Region Fessenheim ohne direkten Bezug zur Kernenergie eingesetzt.

Seien Sie daher versichert, dass Bundesumweltministerin Schulze und ich uns mit Nachdruck auch weiterhin persönlich für eine möglichst zeitnahe Stilllegung des grenznahen französischen AKW Fessenheim einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Schwarzkopf

